

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 26  
vom 6. Jänner 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Finanzen: Sektionschef Dr. J o a s

„ „ für Land- und Forstwirtschaft: Vizepräsident Dr. P a n t z

ferner zu Punkt 1: vom Bundesministerium für soziale Verwaltung: Ministerialrat Dr. A d l e r

„ „ 3: „ „ „ Finanzen: Ministerialrat Dr. G r u b e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 15.00 – 18.30

*Reinschrift (3 ½ Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll*

I n h a l t:

1. Streik der Angestellten des Hauptmünzamt.
2. Subventionierung der Wiener Gemeindeverwaltung für die Straßenbahnen.
3. Denkschriften über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhange mit den neuen Forderungen der Verkehrsangestellten.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 3, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, Streng vertraulicher Anhang betreffend Denkschriften für die Gesandten der Hauptmächte und den Hauptausschuss über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhang mit den neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten (9 Seiten); Denkschrift über die staatsfinanzielle Lage (2 Seiten);

Exposé des Ministerrates an den Hauptausschuss des Nationalrates aus Anlass der neuen Förderungen der Staatsbahnangestellten (4 Seiten); Bundesministerium für Volksernährung, ohne Zahl, Schreiben an den Herrn Sektionschef vom 6. Jänner 1921

## 1.

### *Streik der Angestellten des Hauptmünzamtes.*

B.-M. Dr. R e s c h berichtet, daß er in der dem Ministerrate bereits bekannten Angelegenheit der Arbeiterschaft des Hauptmünzamtes Verhandlungen mit den Vertretern der Technischen Union und dem Betriebsrate dieses Amtes eingeleitet und mit der Führung dieser Besprechungen den Ministerialrat im Bundesministerium für soziale Verwaltung Dr. A d l e r betraut habe. Den Beratungen wären in der Folge auch Vertreter der christlichsozialen Arbeiterschaft beigezogen worden. Es sei hiebei erfreulicherweise zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen.

Über Einladung des V o r s i t z e n d e n berichtet sodann Ministerialrat Dr. A d l e r eingehend über den Gang der bezüglichen Verhandlungen und das hierüber von allen Beteiligten - unvorgreiflich den Beschlüssen des Ministerrates - gefertigte Übereinkommen, demzufolge der Technischen Union und dem Betriebsrate des Hauptmünzamtes die sofortige Wiederaufnahme und rasche Beendigung der Lohnverhandlungen zugesichert wird, wogegen diese dem Wiedereintritt der dem christlichsozialen Metallarbeiterverbände angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen in die Arbeit am künftigen Montag zustimmen und sich bereit erklären, ihnen erforderlichenfalls gegen eine etwaige Behelligung vollen Schutz zu gewähren. Der Fall der Arbeiterin T h u m, der eine aufreizende Äußerung zum Vorwurf gemacht werde, solle durch das Einigungsamt oder ein Schiedsgericht untersucht und ihre Wiedereinstellung in den Betrieb vom Ergebnisse dieser Untersuchung abhängig gemacht werden.

Nach einer kurzen Debatte genehmigt der Ministerrat dieses Übereinkommen, indem er über einen Antrag des B.-M. H e i n l die erfolgreiche Mitwirkung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, und namentlich des mit der Führung der einschlägigen Verhandlungen betrauten Beamten dieses Amtes in besonderer Weise anerkennt.

## 2.

### *Subventionierung der Wiener Gemeindeverwaltung für die Straßenbahnen.*

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß sich der Bürgermeister der Stadt Wien in Begleitung mehrerer Stadträte bei ihm für morgen zum Besuche angesagt habe, um die überaus dringlich

gewordene Frage einer Subventionierung der Wiener städtischen Straßenbahnen durch die Staatsregierung zur Sprache zu bringen. Angesichts der dieser Frage innewohnenden politischen Bedeutung glaube der *V o r s i t z e n d e* die Stellungnahme des Ministerrates im Gegenstande einholen zu sollen. Redner anerkenne für seine Person gewiß vollauf die soziale Wichtigkeit der städtischen Straßenbahnen und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung ihres Betriebes zu Fahrpreisen, die für die breite Masse der Bevölkerung erschwinglich sind. Die Regierung müsse aber seines Erachtens darauf verweisen, daß auch ihre eigenen Verkehrsmittel passiv seien und daß vielleicht eine neuerliche Steigerung der Staatsbahntarife notwendig werden dürfte, um die neuen Forderungen der Verkehrsangestellten decken zu können. Sie sehe sich daher gezwungen, in erster Linie für ihre eigenen Betriebsunternehmungen Sorge zu tragen. Wenn - wie vorauszusehen sei - vom Bürgermeister der Stadt Wien darauf hingewiesen werden sollte, daß die Regierung auch die Lokalbahnen unterstütze, so gedenke Redner hierauf zu erwidern, daß es sich in diesen Belangen um die Einhaltung einer durch die Staatsgarantie gesetzlich festgelegten Pflicht des Staates handle, sonstige Unterstützungen aber den Lokalbahnen nicht gewährt werden. Die Zuerkennung irgendwelcher staatlicher Zuschüsse an die Wiener Straßenbahnen hätte naturgemäß auch die Stellung gleicher Forderungen seitens aller übrigen städtischen Straßenbahnunternehmungen in Österreich zur Folge. Weiters könnte sich die Regierung auch den zweifellos zu gewärtigenden Forderungen der Städteverwaltungen auf staatliche Subventionierung der übrigen, von ihnen betriebenen und in ihrer überwiegenden Mehrheit gleichfalls mit Betriebsabgängen gebarenden Unternehmungen kaum entziehen. Aus diesen Erwägungen heraus müsse die Regierung bedauern, für die Wiener Straßenbahnen Zuschüsse nicht bewilligen zu können, zumal hiefür auch kein Kredit ausgeworfen erscheine und keine Bedeckung vorhanden sei.

Hieran schloß sich eine eingehende Debatte, an der sich nahezu sämtliche Mitglieder des Kabinetts beteiligten.

Der Ministerrat genehmigt schließlich die vom *V o r s i t z e n d e n* gekennzeichnete Antworterteilung an die Vertreter der Stadt Wien bei deren bevorstehender Vorsprache.

### 3.

#### *Denkschriften über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhang mit den neuen Forderungen der Verkehrsangestellten.*

Der *V o r s i t z e n d e* berichtet, daß er anschließend an den im Laufe der vergangenen Woche gemeinsam mit den Bundesministern Dr. Grimm und Dr. Grünberger

abgestatteten Besuch beim französischen Gesandten am heutigen Vormittage in Begleitung des B.-M. Dr. Grünberger noch bei den Vertretern Englands, Italiens und Amerikas vorgesprochen habe, um deren umgehende Intervention bei ihren Regierungen zugunsten einer sofortigen Hilfsaktion der Entente für Österreich zu erbitten. Bei dieser Gelegenheit habe Redner den Gesandten ein im Sinne des Ministerratsbeschlusses vom 4. Jänner l. J. ausgearbeitetes Exposé über die staatsfinanzielle Lage Österreichs im Zusammenhang mit den neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten überreicht. Da es nach der für die Besuche angesetzten Zeit nicht mehr möglich gewesen sei, das Exposé vorher dem Ministerrate vorzulegen, bitte er, der Ministerrat möge dasselbe sowie dessen Überreichung an die Gesandten nachträglich genehmigen.

B.-M. Dr. Grünberger bringt das Exposé zur Verlesung, worauf Sektionschef Dr. Joas dem Ministerrat den Entwurf der dem Hauptausschusse vorzulegenden Denkschrift in der gleichen Angelegenheit unterbreitet.

Nach einer streng vertraulichen Debatte, über die eine Niederschrift beim Bundeskanzleramt erliegt, erteilt der Ministerrat dem Wortlaute das den Gesandten überreichten Exposé's die nachträgliche Zustimmung und genehmigt mit einzelnen, vom B.-M. Dr. Pesta angeregten Abänderungen die für den Hauptausschuß bestimmte Denkschrift. Weiters beschließt der Ministerrat, dem Hauptausschusse in Ergänzung dieser Denkschrift noch konkrete Anträge über die von der Regierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahnbediensteten einzunehmende Haltung und die sich daraus in finanzieller Hinsicht ergebenden Folgerungen vorzulegen. Der Bundesminister für Verkehrswesen wird eingeladen, diese Anträge im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen auszuarbeiten und in der morgigen Sitzung des Ministerrates zur Beratung zu stellen.

Protokoll Nr. 26 a vom 6. Jänner 1921, 3 Uhr

*(Mitschrift b weicht in keinem Punkt ab, gibt nur in Schlagworten die Gespräche wieder)*

*1.) Münzamt*

*Mayr: Die Verhandlungen sind zu einem gewissen Abschluss gelangt, es handelt sich darum, dass der Ministerrat dazu die Zustimmung gibt.*

*Resch: Es war Hanusch bei mir und ich habe ihn um Stellungnahme zum Streik gefragt. Die Gewerkschaftskommission stehe nicht auf Seiten Z., es sei eine Angelegenheit Zelenka. Die Sache muss der Betriebsrat ausführen. Ich habe ihn zu neuerlichen Verhandlungen berufen. Adler hat den Betriebsrat für heute 10 Uhr eingeladen. Diese Verhandlungen haben dazu geführt, dass der Betriebsrat erklärte, die christl. soz. Arbeiter können ab Mittwoch an ihren alten Plätzen arbeiten und werden vom Betriebsrat geschützt.*

*Mayr: Aus dem Artikel der Arbeiterzeitung war dieses Ergebnis zu erwarten. Es ist nur ein Punkt zu bemängeln, dass die christl. Arbeiter erst am Montag eintreten und nicht schon morgen.*

*Adler: Die Verhandlungen drehten sich darum, den Streik unter Festhaltung des Prinzips der Organisationsfreiheit zu beenden. Der Betriebsrat und Technische Union haben sich einverstanden erklärt, dass gegen sofortige Aufnahme der Lohnverhandlungen keine Bedenken dagegen sind, dass die christl. Arbeiter am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Der Zusammenhang mit Lohnverhandlungen hängt damit zusammen, dass seitens der christl. Arbeiterschaft mit Gewerkschaft vereinbart war, dass die Lohnverhandlungen nicht eingestellt werden sollen. Es wird von beiden Teilen ein Vorwurf gegen das Finanzministerium erhoben, dass gegen diese Vereinbarung das Finanzministerium die christl. Arbeiter gezwungen habe, in die Arbeit einzutreten. Ich habe Verhandlungen zunächst mit Betriebsrat und Z dann auch mit H.(Name) und 2. Name geführt.*

*Heinl: Ich stelle mit Genugtuung fest, dass durch Eingreifen des Ministeriums für soziale Verwaltung ein Erfolg erzielt wurde.*

*Mayr: Ich würde glauben, wenn etwa am Montag die nicht sozialistischen Arbeiter wieder eintreten, neuerliche Unruhen vorkommen sollten, ist selbstverständlich der Betrieb zu schließen. Grundsätzlich müssen wir auf unserem Beschluss beharren.*

*Ministerrat erteilt die Zustimmung zu dem Abkommen.*

*2.) Mayr: Nach meiner Auffassung ist ein solches Verlangen eigentlich frivol, denn wenn die Regierung überall einschreitet, müsste jetzt, wo größere Gemeinden eigene Betriebe nicht mehr aufrechterhalten können, unter den augenblicklichen Bedingungen, so werden unsere Finanzen in noch kürzerer Zeit vollständig fertig sein und es ist auch gar nicht angedacht und rechtlich nicht vertretbar, einzugreifen, denn es sind Privatbetriebe und die Regierung müsste dann auch die Betriebe von Einzelunternehmern unterstützen. Das Ganze ist eine Folge der Regierungsunterstützung für die Bäcker und Bäckergehilfen. Wenn schon die Regierung solche Privatunternehmen unterstützen muss, so müsste sie sich einen Einfluss auf die Betriebsführung vorbehalten und bei mehreren das Einlösungsrecht ausbedingen, es müsste ein formeller Vertrag geschlossen werden. Gegenüber solchen Not leidenden Unternehmungen von Privaten und Gemeinden kann man den Bürgermeister nur darauf verweisen, die Regierung ist nicht in der Lage und nicht bereit, sich in die Führung einzelner Betriebe einzumischen. Wenn sie eine erhöhte Subvention haben wollen, so müssen sie eine solche höchstens in der Form einer erhöhten Überwälzung beanspruchen. Ich bitte um Äußerung, damit konkret mit Reumann gesprochen werden kann.*

*Pesta: Gerade was die Kleinbahnen anlangt, vor einer Woche im Verkehrsministerium war*

*eine Beratung um jene Mittel zu finden, um die Not leidenden Kleinbahnen, die auch mit Tariferhöhungen nicht mehr vorgehen können, zu unterstützen, dass wohl der einen oder anderen durch Gewährung der in dem Sicherstellungsgesetz für Bahnen niederer Ordnung festgelegten Begünstigungen beispringen kann ist die Ausdehnung auf die vor dem Gesetz ausgeführten. Damit wird aber das Auslangen nicht gefunden werden können. Die Bahnen werden nachher neuerlich an die Staatsverwaltung um Subvention herantreten und das ist eine Frage, welche lediglich das Finanzministerium betrifft, ob solche Subventionen gegeben werden können. Ich bin morgen durch eine Postlerversammlung an der Teilnahme an der Sitzung verhindert. Die näheren Weisungen für die Besprechung konnte ich nicht geben. Wenn sich der Staat zu den Subventionen entschließt, und ich glaube es wird nichts anderes übrig bleiben, die sich aber auf alle Kleinbahnen erstrecken werden, wird das Anforderungen an den Staat stellen von Milliardenhöhe. Wenn man aber das Exposé durchliest, so kommt man zur Überzeugung, dass auch die eigenen Betriebe noch in wirtschaftlichem Betrieb auf einem untragbaren Stand angelangt sind und die ganze Frage auf eine Sache sich zusammendrängt, die nur durch die Valuta gelöst werden kann. Wenn sich die Mächte nicht sofort zur Hilfe entschließen, so werden wir binnen Tagen vor der Situation wie vor Weihnachten stehen. Es zeigt sich, dass die Abgänge, die im E. nachgewiesen sind und eingebracht werden sollen, einfach nicht mehr Wirklichkeit sind, sondern nur eine Aufschiebung nach außen. Es wäre vielleicht besser, in der Frage der Besoldungserhöhung dem Hauptausschuss einfach zu sagen, wir sind gezwungen es zu machen um über die nächsten Tage hinaus zu kommen. Der Aufwand kann aber nicht die Bedeckung schaffen und die Regierung kann nur an die Mächte herantreten, ihnen dieses Bild vor Augen zu führen, dass wir unbedeckbare Auslagen machen sollen.*

*Mayr: Wir sollen zunächst die Antwort an Bürgermeister feststellen. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass ein Ritter dem anderen nichts schenken kann. Wir können ihn höchstens auf weitere Verhandlungen bezüglich allgemeiner Überwälzungen verweisen. Solche Betriebe, welche nicht rentabel sind, müssen verkauft oder verpachtet werden, sei es die Eisenbahnen oder die Kleinbahnen.*

*Joas: Die Ausführungen Mayrs und Pestas entheben mich der Wiederholung, dass ich eine derartige Willkür unmöglich erachte. Das E. legt klar, dass wir die unmittelbaren staatlichen Bedürfnisse nicht mehr bestreiten dürfen. Kanzler hat darauf hingewiesen, dass es bedenklich wäre, Betriebe zu subventionieren, auf deren Führung wir keinen Einfluss haben und überhaupt Gemeindebetrieben beizustehen. Das würde übergreifen auch auf Gemeindebetriebe überhaupt und wir kämen in ein furchtbares Chaos. Wir haben schon die Überwälzung und die Beiträge zu den Gehältern der Beamten. In der Sache wird kaum etwas unternommen werden können. Diese Betriebe müssen so geführt werden, dass sie in Bilanz ausgeglichen werden. Der Staat gibt allen diesen Betrieben ohnedies sehr beträchtliche Subventionen im Brot- und Mehlpreis. Ich glaube, dass man da nicht weiter gehen kann. Die Herren werden eine Rückendeckung für die Tariferhöhung suchen, es lief aber nur auf die unteren Preise hinaus.*

*Breisky: Mir kommt das vom finanziellen Standpunkt unmöglich vor. Der Weg der Überwälzungen scheint mir auch nicht gangbar. Ich hätte Bedenken den Leuten da einen Anreiz zu geben.*

*Mayr: Ich verstehe das auch nur so, dass man direkt nichts geben kann, höchstens durch Überwälzung. Da wäre es fraglich ob es eher geht.*

*Breisky: Wir müssen also wohl ablehnen. Wenn die Regierung für Wien eine staatliche Inanspruchnahme der Staatsfinanzen vorsieht, so werden die Länder sich auch melden.*

*Grünberger: Es scheint, dass Bürgermeister einen Weg gefunden hat in der Übernahme der Bäckerforderungen. Wenn es zu einer Erhöhung kommt, ist es sehr einfach zu sagen, ich*

*übernehme nicht das Odium der Erhöhung, der Staat soll die Differenz tragen. Gerade in der Brotpreisfrage ist der Beweis erbracht, wie eine solche Übernahme für Wien ganz unübersehbare Folgen hat. Rintelen kündigt an, dass in Steiermark dieser Weg großen Beifall gefunden hat und er an uns herantreten wird, wie man es für Steiermark machen könnte.*

*Resch: Wenn wir uns auf den Vorschlag Rintelens einlassen, werden nicht nur die anderen Gemeindebetriebe kommen, sondern überhaupt alle Anstalten des Landes und der Gemeinden. So kann man leicht verwalten, wenn man für das Defizit vom Staat einen Zuschuss verlangt. Der Fehler liegt in der falschen Lohnpolitik, sie haben sie aus der Pragmatik herausgerissen und unter den Kollektivvertrag gestellt. Für die Straßenbahner gilt der Mindestlohn der mittleren Arbeiter und das kann die Gemeinde Wien nicht leisten. Dann haben sie auch den 8-Stunden-Tag eingeführt, 1/3 Personal mehr aufgenommen, es wird nicht ausgenützt und so geht es weiter. Wird einmal eine Subvention gegeben, so wird das der Anreiz für alle möglichen Forderungen für sämtliche städtische Betriebe. Das zu bezahlen ist der Staat natürlich nicht in der Lage, denn er kann seine eigenen Angestellten nicht zahlen.*

*Heinl: Auf der einen Seite klagt die Gemeinde, dass sie zu wenig Geld hat und auf der anderen Seite das Geld geradezu hinauswerfen wird. Ich verweise auf die Übertragung der Kernarbeiter auf eine Arbeitergenossenschaft, der 10 Mill. K Vorschuss für Arbeitszulage gegeben wurde. Ich würde empfehlen, dass man den Herren alle diese Verhältnisse vorführt.*

*Mayr: Es wäre sehr gut, wenn Resch teilnehmen könnte. Wir sollten derartige Dinge zu Protokoll geben. Wir sollten über die Besprechung Protokoll führen und diese Sachen dann veröffentlichen. Sonst wird in der Presse herumgeschrien, die Regierung hat keinen Sinn für soziale Verwaltung und kein Verständnis.*

*Glanz: Die Gemeinde Wien hat auf dem Weg in den finanziellen Abgrund bahnbrechend gewirkt. Man soll das einmal vor der Öffentlichkeit festhalten. Der Pressedienst soll darauf hinwirken, dass in den bürgerlichen Blättern eine Darstellung der Dinge erfolgt.*

*Grünberger: Man sollte bei der Besprechung des Gegenstandes auf die kommende Staffelung der Brot- und Mehlpreise hinweisen und den Bürgermeister fragen, ob nicht auch auf der Tramway eine Staffelung möglich wäre.*

*Mayr: Wir könnten aus dem Protokoll der Ministersitzung die Sache zur Sprache bringen.*

*Heinl: Ich halte es für sehr zweckmäßig, heute oder morgen mit Kienböck oder Kuschar in Verbindung zu kommen, um Details aus der Gemeindeverwaltung zu bekommen. Ich wäre dafür, es den Herren vorzuhalten und zu veröffentlichen.*

*Joas: Eine Staffelung besteht schon durch den früheren Tarif und den Nachttarif, dann aber eine weitgehende Staffelung diene, dass alle Gemeindefunktionäre um den halben Preis fahren. Ich glaube, dass die weitgehende Begünstigung des früheren Tarifes nicht berechtigt ist, denn diese Kreise können es leichter tragen als die mittleren Stände.*

*Mayr: Das ist ein Wespennest, von dem die Regierung sich zunächst fern halten soll. Sie könnten auf das Beispiel der Staatsbahnen hinweisen.*

*Resch: Man soll sich bei den Verhandlungen nicht in Details einlassen, sondern darauf verlegen, zu sagen, wir sind nicht in der Lage Unterstützung zu gewähren, weil der Staat bankrott ist. Wenn man etwas anschneidet, wäre es die Absetzung des Tarifes nach der Länge des Fahrpreises.*

*Mayr: Es zeigt sich einheitlich Auffassung, ein wirklicher Beschluss ist nicht nötig, wir werden in dem Sinn mit Bürgermeister und seinen Beamten reden. Ich würde bitten, wenn Resch daran teilnimmt.*

*3.) Mayr: ... und die Aktion bei den Gesandtschaften der Entente. Grimm und Grünberger*

sind mit mir bereits beim französischen Gesandten gewesen vorige Woche. Wir haben dem Gesandten sehr ernste Vorstellungen gemacht. Der Inhalt ist zum Teil, teils aber auch unrichtig heute in den Blättern veröffentlicht nachdem Temps nachdem Dunan das veröffentlicht haben, ist unsere Darstellung kein Geheimnis mehr. Wir haben tatsächlich gesagt, wir wollen aus moralischen Gründen zurücktreten, weil man unter diesen Umständen nicht die Regierung führen kann. Wir haben auch die Folgen einer solchen Demission der gesamten Regierung erwogen und die Frage aufgeworfen, ob sich überhaupt noch eine Regierung finden würde und ob die Entente nicht sogleich selbst die Regierung in die Hände nehmen würde. Andernfalls würde in Wien und in den Industriegebieten eine Anarchie eintreten, die Länder würden zerfallen. Oberösterreich erwägt jetzt schon die Ausgabe eines eigenen Notgeldes. Die Länder denken sehr ernst an den Zerfall. Aus unserer finanziellen Lage ist die Regierung verpflichtet, sehr ernste Maßnahmen ins Auge zu fassen. Der französische Gesandte (in Mitschrift b: Lefevre) hat uns den Rat gegeben, auch bei den übrigen Gesandten vorzusprechen, das ist heute geschehen. Leider war Grimm durch Krankheit an der Teilnahme verhindert, daher war ich nur mit Grünberger bei Engländern, Italienern und Amerikanern. Wir haben ihnen die Sachlage nicht so ausführlich dargestellt, weil sie ohnedies vom französischen Gesandten über den Inhalt informiert waren. Außerdem wurde vom Finanzminister und Ernährungsminister ein kurzes Exposé ausgearbeitet und den Gesandten überreicht. Ich bitte Grünberger dieses Exposé dem Ministerrat vorzulesen, damit wir darüber eine Diskussion abführen können. Wir sollten von den Schritten auch der Öffentlichkeit Mitteilung machen, um die Regierung möglichst zu entlasten. Exposé nachträglich gebilligt, weil wir angewiesen waren auf den Zeitpunkt für den Besuch, der uns angegeben war. Ich nehme an, dass der Ministerrat nachträglich die Überreichung des Exposés genehmigt. Wie verhalten wir uns gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich des Schrittes. Wir haben erwogen die Sache als vertraulich zu behandeln und höchstens in dem Zeitpunkt, wo alle Gesandten absolviert sind, ein Communiqué an die Presse zu geben. Der Regierung wird immer vorgeworfen, dass die Öffentlichkeit nicht informiert wird, so dass die Öffentlichkeit immer erst vom Ausland die Nachrichten erhält. Ich war der Meinung, dass man eine Mitteilung nachdem die Besuche vorüber sind, eine Mitteilung herausgibt, vielleicht wäre es am Besten, die Schriftstücke abzudrucken.

Grünberger: Man müsste mit der Publikation der Ziffern sehr vorsichtig sein, denn es würde eine Panik auslösen.

Glanz: Ich glaube, dass durch die Ziffern eine Valutapanik entstände und die Krone noch weiter fiele. Es würde genügen, allgemein den Schritt der Regierung zu betonen, aber die Details nicht zu geben.

Joas: Ich würde Bedenken tragen, diese Schriftstücke zu veröffentlichen, aber die Tatsache der Demarche soll der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Mayr: Wir haben die Drohung mit der Demission im Allgemeinen unterlassen. Die Italiener nehmen wenig Interesse, sie wollen uns nur moralisch unterstützen. Der englische Gesandte war sehr zurückhaltend, der amerikanische gehört nicht zu jenen, die Mittel zur Verfügung stellen von der Reparationskommission. Augenblicklich steht es noch nicht günstig, die Herren meinen, dass eine Mitteilung gegeben wird über die Demarche bei den Gesandten, aber dass der genaue Inhalt des überreichten Schriftstückes nicht veröffentlicht wird. Es würde sich darum handeln, das Communiqué abzufassen. Das müsste heute noch geschehen, damit es morgen erscheint. Ich würde die Vertreter der Ministerien für Ernährung und Finanz bitten, das Communiqué zu verfassen.

Pesta: Ich weiß nicht, ob nur die Tatsache der Demarche im Communiqué enthalten sein soll.

Mayr: So viel als der T. berichtet können wir nicht geben.



*Pesta: Die Ausführungen des 2. Teils sind allgemein gehalten, das würde einen Eindruck auf die Angestellten machen, die Einräumung der Forderung, die ermöglicht die Aufrechterhaltung des Staatshaushaltes ohne Hilfe könnte man schon bringen.*

*Breisky: Mir scheint wesentlich, dass die Ziffern im Kommuniqué nicht erscheinen, aber die allgemeine bedrohliche Gestaltung könnte man im Kommuniqué schon erwähnen. Was Besorgnis erregen könnte der auswärtigen Finanzkrise, wären die Ziffern. Bei deren Ausschaltung könnte das Vertrauen in seine wesentlichen Teile erwartet werden.*

*Mayr: [Ich erwähnte, dass die Aussichten für die Kredite nicht sehr günstig stehen. Wir haben bei den Besuchen heute auch uns begnügt darauf hinzuweisen, dass wir wenigstens eine Zusicherung haben müssen, dass eine solche uns genügen würde als Basis für die Verhandlungen mit den Staatsangestellten und den ganzen Staatshaushalt und weil wir glauben, dass nur durch eine solche Zusicherung überhaupt die Krone stabilisiert werden kann und wir in die Möglichkeit kommen, kaufen zu können im Ausland. Die Bevölkerung wird es nicht ertragen, zu lesen, in allen Staaten ist ein großer Preisfall bemerkbar, nur bei uns steigt die Teuerung infolge der Geldentwertung. Deshalb müssen wir darauf beharren, dass wenigstens eine bestimmte Zusicherung jener Kredite ausgegeben wird, welche die Reparationskommission als nötig gehalten hat. Das ist der springende Punkt] Nun sind die Verhandlungen zunächst in London durch Goode mit großer Energie geführt worden und hatte gutes Resultat in den Weihnachtstagen, dann hat auf einmal Paris zu zögern begonnen. Die Engländer sagen, Frankreich muss mit der Hilfe vorangehen, England wird dann folgen. In Frankreich ist ein Stillstand eingetreten und es wurde mit Absicht vom Gesandten betont, in Paris wackelt die Regierung und der Kurs geht nach links. Bei einem Regierungswechsel ist Hoffnung für uns noch geringer. Außerdem sind die finanziellen Kalamitäten in Frankreich auch sehr bedenklich, so dass wir schon die äußersten Mittel ergreifen müssen, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen. Seit heute ist G. nach Paris gegangen um dort unsere Forderungen mit größter Energie zu vertreten. Ich bin darüber orientiert worden und ich habe ihm gestern ein Telegramm geschickt, dessen nachträgliche Genehmigung ich erbitte. Ich beglückwünsche ihn und danke ihm namens der Regierung für die große Mühe, die er in London aufwendet, bitte ihn aber insbesondere in Paris darauf hinzuwirken, dass sofort eine Entscheidung gefällt wird zu unseren Gunsten, denn wir sind am Ende. Ich bitte, dass Kabinettsrat diesen Schritt genehmigt. – Genehmigung erteilt.*

*Es wird Weiteres notwendig sein in diesem entscheidenden Augenblick, man hat auch bei den politischen Parteien die Sache erwogen. Man hat erwogen, Parteienvertreter nach Paris zu schicken. Wie aber der Stand der Dinge jetzt steht, ist die Sache sehr ungewiss geworden. Man weiß nicht, was Parteienvertreter in Frankreich tun sollen. Sie bekommen eine kurze Audienz und können wieder umkehren. Verbindungen mit dortigen Parteien sind kaum möglich, wir haben keine Verbindung mit französischen Parlamentariern. Deshalb ist dieser Gedanke fallen gelassen worden. Die Regierung muss aber einen letzten Schritt tun, einerseits soll in Washington für Amerika nach dieser Richtung hin ein neuer Anknüpfungspunkt gesucht werden. Die Amerikaner sind immer jene, welche am meisten Herz für uns haben, das zeigen schon ihre Wohltätigkeitsorganisationen, auch Sinn dafür, dass wir von der Wohltätigkeit alleine nicht leben können, sondern zu geordnetem Finanzzustand kommen müssen. Formell besteht die Schwierigkeit, dass das Kriegsende noch nicht erklärt ist. Wir haben nur einen Legationssekretär bei der schwedischen Gesandtschaft. Es wurde gestern im Ausschuss für Äußeres der Wunsch geäußert, dass wir alsbald eine Vertretung in Amerika haben. Ich habe angekündigt, dass ich beabsichtige eine spezielle Mission für die nächste Zeit nach Amerika zu entsenden und da steht eine Persönlichkeit von besonderem Ansehen zur Verfügung, Professor Redlich, auch heute hat der amerikanische Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht, wenn der nach Amerika ginge, wäre das das Allerbeste, was geschehen könnte. Redlich ist bereit dazu und ich möchte mitteilen, dass ich alles daran setzen werde,*

*weil wir keinen ständigen Gesandten wegen der finanziellen Opfer hinüber schicken können, dass Redlich einige Wochen bevor Harding sein Amt antritt, in Washington eintrifft und 1-2 Monate dort für Österreich wirkt. Redlich würde auch auf der Hinreise in Paris und London Fühlung nehmen, wo er auch großes Ansehen genießt. Ich glaube, dass Kabinettsrat nichts dagegen haben wird, wenn ich dies weiter verfolge und die Verwirklichung anstrebe. Für den Augenblick ist noch wichtig: wir sollten bei dieser Vertretung durch Parlamentarier wenig zurückhalten, ein Mitglied der Regierung raschest nach Paris schicken solange G. dort ist, um ihn zu unterstützen und den letzten Entscheid persönlich zu überbringen. Es wäre dies nach der Lage der Dinge Grünberger, welcher genauen Einblick hat und wegen der weiteren Getreideversorgung aus Amerika mit G. verhandeln könnte. Wir brauchen da keine weitere Begleitung.*

*Grünberger: Der Hauptzweck würde darin bestehen, G, der sich 6 Monate in London und Paris bemühte, über den aktuellen Stand mündlich zu unterrichten. Alle schriftlichen Telegramme nützen nichts. Es müsste ihm erklärt werden, dass die ganze Aktion hinfällig wird, wenn die Verwirklichung noch Monate dauert. Dann könnte man den Gedanken des amerikanischen Gesandten verfolgen, man soll die Amerikaner in Paris aufmerksam machen, nur kann man das ohne G. nicht tun. Es ist unmöglich, in Paris mit den Amerikanern ohne G. zu sprechen. Dafür wäre der Moment jetzt günstig.*

*Mayr: Zur Sicherung der ganzen Sache wäre vorzudringen, wenn Ministerrat mit Entsendung zur Unterstützung G. einverstanden ist. Also müsste man bei ihm anfragen, ob er einverstanden ist. Da könnte man allenfalls ein Telegramm an ihn richten: Ministerrat hat beschlossen, Ernährungsminister nach Paris zu entsenden, um in Vertretung des erkrankten Finanzministers die Lage darzulegen und sofortiges Eingreifen erforderlich macht. Ministerrat erbittet Nachricht ob sie geneigt sind, Ernährungsminister ehestens zu empfangen. Ein gleiches Telegramm an Simon (Name?) es G. nochmals auszurichten. Ich bitte um Äußerung der Herren, ob sie mit dem Vorgang einverstanden sind.*

*Heinl: Ich glaube, man soll das machen und ich begrüße es sehr, wenn Grünberger diese Reise unternimmt und die Situation ungeschminkt darstellt.*

*Breisky: Ich begrüße die Reise und stelle zur Erwägung, ob bei diesem Anlass nicht Unterstützungsschritte unternommen werden können, dass Frankreich, welches sich für unsere Lage interessiert, irgendwie eine Stützungsaktion einleitet, dass es auf den Plätzen, die für uns von Wichtigkeit sind, gewisse Käufe geschehen. Ich glaube, dass, nachdem die Kredite noch auf sich warten lassen, wäre das ein wirksamer Schritt der Teuerung entgegen zu wirken und der Steigerung der Staatsausgaben.*

*Mayr: Der Gedanke ist richtig. Wenn die Stützung aufhört, sinkt die Krone.*

*Grünberger: Das ist früher immer gemacht worden und hat auch einen Erfolg gehabt. Es müsste gestützt werden bis zu einer Zeit, wenn die moralische Stütze durch den Kredit einsetzt.*

*Mayr: Das wäre nur im Zusammenhang mit einer Subventionierung (?) zu machen. Ich betrachte die Entsendung als genehmigt und bitte Grünberger, sich auch dieser Aufgabe zu unterziehen, wenn G. die Reise nicht ersprießlich hält.*

*Grünberger: Wenn Ministerrat zustimmt, erbitte ich um die Autorisierung, Grimm davon Mitteilung zu machen. Ich habe wiederholt mit G. in Paris gearbeitet. Er sagt ruhig ab, wenn er nicht für opportun hält, aber wenn er Ja sagt, nützt er die Anwesenheit des Regierungsmitgliedes richtig aus. Es wird vielleicht eine Diskussion mit dem Finanzminister von G. unterstützt mehr Erfolg haben als diplomatische Noten.*

*Mayr: Die Herren sind einverstanden. Die entscheidenden Informationen muss Grünberger*

*sich beim Finanzminister herholen.*

*Joas: Verliest das Exposé.*

*Mayr: Es müsste wohl auch auf die 1000 K Vorschuss eingegangen werden.*

*Pesta: Ich bin deprimiert über das Ende. Ich glaube, dass der Hauptausschuss die Forderungen erfahren soll und ihm ein Antrag vorgelegt wird. Wenn ich mit dem Elaborat vor dem Hauptausschuss komme, dann steht um 4 Uhr nachdem bekannt wird der ganze Betrieb. Es ist den Leuten gesagt worden, dass sie um 11 beim Zusammentritt des Hauptausschusses die Regelung erfahren soll. Es ist unmöglich Sache darauf zurückzuführen, dass dem Nationalrat in absehbarer Zeit Vorschlag gemacht werden soll. Die Vorschläge liegen ja schon vor, es ist alles mit dem Finanzministerium durchbesprochen. Ich habe mir vorgestellt, dass die Forderungen der Personenvertretung mit jenen Abstrichen unterbreitet werden, welche das Finanzministerium für unerlässlich hält. Das sind die Ziffern der Zulage von 6000 K, die auf 5000 K ermäßigt werden könnten, mit einer Ersparnis von 130 Mill. K. An den übrigen Ansätzen wird sich schwer noch irgendetwas Nennenswertes ersparen lassen. Die Abstufung der Dienstorte auf 10 % statt 6 % gibt verhältnismäßig wenig Eintrag und scheint mir nach dem Ergebnis der Verhandlungen unerreichbar. Darum möchte ich bitten, dass ich schon vor dem Hauptausschuss mit einem positiven Antrag komme, was über die Beschlüsse des Zentralausschusses, die in Fühlungnahme mit der Verwaltung gefasst wurden, unterstützt wird. In dem Exposé sind einzelne Änderungen unerlässlich. Die Durchschnittsziffer von 17600 K wirkt irreführend, die andere Kategorie bekommt diesen Mehrbetrag nicht und es würde Unruhe schaffen, wenn sie sich enttäuscht sehen. Auch der Satz <> klingt so, als ob heute nichts geschehen könnte. Das ist nicht der Fall, ich muss annehmen, dass Stimmung herrscht, es muss etwas geschehen für die Eisenbahner. Betrachtung der Forderungen als übertrieben geht nicht an.*

*Joas: Ich begreife die Einwendungen Pestas. Ich bitte sich aber in unsere Lage zu versetzen. Ob 150 Mill. K erspart werden oder nicht, ist für die allgemeine Situation gleichgültig. Die Mehreinnahmen können wir mit eigenen Einnahmen nicht decken. Wir sollten sagen, dass man über die Forderungen nicht hinweg kann, der Staat sie aber aus eigener Kraft nicht zu schaffen vermöchte. Eine Bedeckung auch nur des größeren Teils ist unmöglich. Ich glaube, dass speziell vom Standpunkt des Finanzressorts nicht gesagt werden kann, welcher Betrag vertretbar ist. Es wird Sache des Ministerratsbeschlusses sein, wie man sich zu diesem Dilemma zu stellen hat und der Hauptausschuss soll die Entscheidung fällen. Die Ergänzung dazu ist der Schritt bei der Entente. Ich bin bereit mitzuwirken an einer Abänderung, aber es ist unmöglich, dem Hauptausschuss einen konkreten Vorschlag über die Bewältigung und die Bedeckung zu machen.*

*Mayr: Die Notwendigkeit müssen wir feststellen, die Bedeckung muss der Nationalrat suchen.*

*Joas: In 2 Punkten haben wir erwähnt, wo die Rückwirkung auf die übrigen Bediensteten hier für ganze 6 ins Gewicht fällt. Das Auf und Ab der Ortlassenabstufung gerät ins Wanken. Bezüglich der Familienzuschläge wurde bei der Arbeitsreform ein Abbau des [...] Prinzips erreicht, das jetzt wieder verloren ging.*

*Heinl: Ich glaube, wir müssen viel mehr als es im Exposé der Fall ist, darauf hinweisen, dass die Forderungen zu einem großen Grad berechtigt erscheinen und die Regierung vor die Frage stellt, wie diese berechtigten Forderungen bedeckt werden sollen. Wir sind in der unmöglichen Situation. Die Gemeindebediensteten haben eine neue Lohnbewegung im Gange. Es wird Aufgabe sein im Wege der parlamentarischen Parteien auf Wien einzuwirken, einzudämmen. Diese Dinge gehören vor das Parlament. Die Staatsangestellten sind unvergleichlich schlechter gestellt als die Privatbediensteten. Ich würde empfehlen, positiv zu reagieren, wir müssen es machen, schon um eine Beruhigung bei den Angestellten zu*

*schaffen, aber auch erklären, wir haben keine Möglichkeit für die Bedeckung. Ich weiß nicht, ob das Finanzministerium in der Lage ist eine Statistik über die Höhe der Steuereingänge und das Ausmaß der Rückstände in der Steuervorschreibung vorzulegen. Eine große Anzahl von steuerkräftigen Firmen hat noch für 2 Jahre keine Steuer vorgeschrieben bekommen. Wir könnten dadurch eine Mehreinnahme erzielen, wenn das Finanzministerium versuchen würde, die Steuervorschreibungen und Steuereingänge zu beschleunigen.*

*Resch: Ich teile die Bedenken Pestas. Es geht nicht an eine Durchschnittsziffer zu nennen, es wird Viele geben, die enttäuscht sind und den Betrag verlangen werden. Es soll am Besten wegbleiben. Auch die Bezeichnung der Forderungen als übertrieben geht nicht an, sie sind gerecht, nur ist der Staat zu arm, sie zu erfüllen. Die Regierung muss auch dem Hauptausschuss einen Entwurf vorlegen, welche Forderungen gerichtet werden und wobei die Regierung die Forderungen erfüllen möchte, aber nicht erfüllen kann, weil die Mittel fehlen. Es muss schon ein positiver Vorschlag vorliegen, denn der Hauptausschuss wird die Forderungen nicht überprüfen. Daher müsste schon ein Entwurf vorgelegt werden, inwieweit die Forderungen zu bewilligen wären. Um diese Forderungen durchzuführen, wäre die Bedeckung erforderlich.*

*Mayr: Bei der Beratung des Hauptausschusses ist es sicher, dass der Hauptausschuss konkrete Anträge verlangen wird. Wir kommen nicht anders durch als mit ganz bestimmten Anträgen, was gefordert wird, was berechtigt ist und was bedeckt werden kann und was nicht.*

*Joas: Im Hauptausschuss können gewiss nicht Detailverhandlungen stattfinden, ich würde es aber für wünschenswert erachten, wenn der Ministerrat über bestimmte Forderungen einen Beschluss als Richtschnur für die Verhandlungen bilden würde. Inwieweit die Forderungen zu bewilligen sein werden, ist heute nicht eine staatlich finanzielle Frage, weil wir überhaupt nur einen Teil des Erfordernisses aufbringen können und nur aus dem allgemeinen Pflichtbewusstsein trachten das Erfordernis möglichst herab zu drücken. Aber für 2 Punkte brauchen wir Richtlinien, weil diese Forderungen aus den angedeuteten Gründen von triftiger Bedeutung sind. Vielleicht wird es sich empfehlen, dass gesagt wird, bis zu einem gewissen Grad muss die Notwendigkeit der Erfüllung anerkannt werden, aber es steht fest, dass mit den eigenen Mitteln des Staates auch dieses Erfordernis nicht gedeckt werden kann.*

*Mayr: Man kann die allgemeine Darstellung mit einer eventuellen Änderung einnehmen, aber daneben müsste ein formulierter Antrag dem Hauptausschuss vorgelegt werden mit einem Ausweis über die Kosten, was bedeckt werden kann, wie es bedeckt werden kann. Für den Rest hätte der Nationalrat die Bedeckung zu lösen.*

*Pesta: Ich habe beim letzten Kabinettsrat bereits die Anträge der Personalvertretung vorgelesen und angedeutet, in welchen Punkten noch ein Zurück noch möglich wäre. Ich glaube, dass vielleicht 2 Dinge nebeneinander laufen könnten, die Schilderung der allgemeinen Finanzlage als Sachlage für sich und dann als 2. ein Antrag des Staatsamtes für Verkehrswesen, den ich morgen unterbreiten würde, auf Genehmigung der gestellten Forderungen. Die Postangestellten, welche auf Grundschema der Eisenbahner übergegangen sind, haben vor 3 Tagen dem Generalpostdirektor gleichartige Forderungen übergeben. Das augenblickliche Erfordernis für den Vorschuss wird sich um 160 Mill. K erhöhen.*

*Mayr: Könnten wir nicht das Exposé daraufhin durchsehen und genehmigen, dass es als allgemeine Gehaltsabrechnung des Standes zu betrachten wäre und morgen zur Beschlussfassung vorgelegt wird.*

*Breisky: Dem Hauptausschuss würde mitgeteilt, was berechtigt ist, was bedeckt werden kann und was unbedeckt bleibt. Es bleibt die Frage, zu welchem Beschluss soll der Hauptausschuss kommen bezüglich des Restes. Die Regierung müsste sich auf diese Zwischenfrage vorbereiten. Früher ist viel auf dem Weg von Komitee gearbeitet worden, man könnte*

*vielleicht diese Frage dem Hauptausschuss zur Beratung stellen, dass die Regierung bezüglich dieser zunächst unlöslichen Frage den Wunsch hätte, ein Komitee des Hauptausschusses, der Finanzausschuss soll sofort zusammentreten und die Bedeckung für den Rest suchen.*

*Joas: Wir erwarten alle einen gewissen Erfolg von der Demarche bei den Gesandten und haben die Überzeugung, dass ohne diese ferner alle Mühen umsonst sind. Ich würde es für wichtig halten, dass wir eine Entscheidung über die Eisenbahnerforderungen nicht veröffentlichen bevor nicht der Erfolg bekannt ist. Jede Besserung des Kurses der Krone verbessert unsere Situation in den Verhandlungen. Eine Besserung des Kronenkurses würde gewiss in gewisser Weise zum Abbau kommen. Es wäre staatsfinanziell gefährlich, wenn wir uns auf die Bewilligung weitgehender Forderungen festlegen würden, dann eine Besserung kommt und die hohen Bezüge nicht abbauen können. Ich würde daher den Vorschlag aufgreifen, dass man die Sache durch Kommissionsberatung im Ausschuss hinzieht bis man sieht, wie man dran ist. Mit Rücksicht auf die Vorschüsse werden die Verhandlungen mit den Eisenbahnern ja einen gewissen Aufschub dulden.*

*Mayr: Wir müssen die Angestellten beruhigen, gewisse Forderungen als berechtigt anerkennen aus politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Politisch liegt die Notwendigkeit dafür vor, weil wir sonst aus den Streiks nicht herauskommen, wirtschaftlich, weil die Forderungen im Großen berechtigt sind. Die Unzulänglichkeit des Entwurfes der Staatsangestellten steht außer Frage. Dann kommt die Frage der Kredite, zunächst eine Zusage der Kredite, wir wissen nicht ob wir sie bekommen. Man müsste so rechnen, wenn wir anerkennen, die Forderungen sind berechtigt, können aber aus Eigenem nur so viel genehmigen, das andere muss ruhen, bis wir die Kredite haben. Derjenige Teil, den man nicht bedecken kann, sollte so variabel sein, dass wenn die Kredite kommen ist eine Stabilisierung eingetreten, es wird sich eine Verbilligung zeigen, dann braucht man nicht mehr das ganze Geld auszuzahlen. Dann wäre auch das Finanzministerium gedeckt.*

*Joas: Ich fürchte, dass diese Konstruktion bei den Massen das Streben auslösen wird, jetzt möglichst viel zu bekommen, um es unter den günstigen Verhältnissen zu behalten.*

*Pesta: Was die Eisenbahnforderungen anlangt, so beinhaltet gut die Hälfte die Angleichungsaktion, nur ein Teil des Aufwandes geht über die Angleichung hinaus. In den Bezügen ist schon heute ein Großteil abbaufähig, der, wenn die Regierung die gewährt hat, bei einem Preissturz eingezogen werden kann. Diese Beträge fallen dann ganz gewaltig ins Gewicht. Die Fixbeträge sind so gering, dass an eine Herabminderung nicht gedacht werden kann. Bezüglich Äußerung über die Bedeckung wäre darauf hinzuweisen, dass wir Schritte zur Sanierung des Staatshaushaltes unternommen haben, die Hebung der Valuta. Tritt die ein, so treten in den nunmehrigen Ausgaben kolossale Ersparnisse ein Kohlen ein. Die Steigerung der Valuta würde auf der Ausgabenseite Ersparungen verursachen, welche den Mehraufwand für die Angestellten, der jetzt beansprucht wird, ausgleicht. Sollten die Kredite nicht eintreten, so müsste dem Hauptausschuss gesagt werden, dann bleibt nichts übrig als nochmals eine Tarifierhöhung im Einvernehmen mit Industrie zu versuchen, das Ergebnis allerdings hinter den Erwartungen weit zurückbleiben würde.*

*Mayr: Es scheint die Anschauung allgemein zu sein, dass das vorliegende Exposé eine allgemeine Darlegung der gegenwärtigen Sachlage dem Hauptausschuss unterbreitet und dass bis morgen versucht werde im Kabinettsrat eine positive Antragstellung für den Hauptausschuss in dem Sinn auszuarbeiten.*

*Pesta: In dem Antrag zu den Bezugserhöhungen muss die Bedeckungsfrage erörtert werden und damit wäre die Erledigung der Bedeckungsfrage abzutun.*

*Mayr: Der Ministerrat kann nicht über die Details debattieren, wir müssen das Finanz und*

*Verkehrswesen überlassen. Exposé angenommen mit einzelnen Änderungen.*

*Die konkreten Anträge über die Haltung gegenüber den Eisenbahnforderungen werden die beiden Ressorts dem Ministerrat vorlegen.*

*Die Vertreter der Großmächte bekundeten für die Darlegung der Regierung und die Notwendigkeit einer raschen Hilfe interessant und verständlich und versprechen unverzüglich ihre Regierungen entsprechend zu informieren.*

*<sup>3</sup>/<sub>4</sub> 6 Uhr (Mitschrift b: <sup>1</sup>/<sub>2</sub> 7 Uhr)*

MRP Nr. 26 vom 6. Jänner 1921

Beilage zu Punkt 3, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, Streng vertraulicher Anhang betreffend Denkschriften für die Gesandten der Hauptmächte und den Hauptausschuss über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhang mit den neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten (9 Seiten); Denkschrift über die staatsfinanzielle Lage (2 Seiten); Exposé des Ministerrates an den Hauptausschuss des Nationalrates aus Anlass der neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten (4 Seiten); Bundesministerium für Volksernährung, ohne Zahl, Schreiben an den Herrn Sektionschef vom 6. Jänner 1921



Beilagen zu

MRP N<sup>o</sup> 26



Streng vertraulicher Anhang

zum Ministerratsprotokoll Nr. 26 vom 6. Jänner 1921.

Denkschriften für die Gesandten der Hauptmächte und den Hauptausschuss über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhang mit den neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten.



Der V o r s i t z e n d e führt aus, daß er im Laufe der vergangenen Woche in Begleitung der Bundesminister Dr. G r i m m und Dr. G r ü n b e r g e r beim französischen Gesandten vorgesprochen habe, um ihm den Ernst der Situation darzulegen, in welcher Oesterreich sich gegenwärtig befinde. Der über die Unterredung im „Temps“ erschienene Artikel entspreche im allgemeinen den Tatsachen. Insbesondere sei richtig, daß Redner dem französischen Gesandten erklärt habe, das Kabinett müsse seinen Rücktritt erwägen, da es ihm bei der Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse unmöglich scheine, die Geschäfte weiterzuführen. Redner habe auch die Folgen einer Demission der Gesamtregierung beleuchtet und die Frage aufgeworfen, ob sich dann für Oesterreich überhaupt noch eine Regierung finden und ob nicht die Entente gezwungen sein werde, die Regierung selbst in die Hand zu nehmen. Andernfalls wäre für Wien und die Industriegebiete der Eintritt einer Anarchie zu besorgen, wogegen die Länder trachten würden, den Anschluß an Deutschland zu vollziehen. Die Länder denken bereits jetzt sehr ernsthaft an einen Zerfall des Staates, wie das Vorgehen Oberösterreichs beweise, das angeblich schon jetzt die Herausgabe eines eigenen Notgeldes vorbereite, um im Falle des Zusammenbruches für die erste Zeit mit Zahlungsmitteln versehen zu sein. Der französische Gesandte habe den Rat erteilt, auch bei den Gesandten der übrigen Hauptmächte vorzusprechen, um ihre Aufmerksamkeit auf diese Verhältnisse zu lenken. Redner habe nun im

./.

Laufe des heutigen Vormittags in Begleitung des Bundesministers Dr. Grünberger die Vertreter Italiens, Englands und Amerika's aufgesucht, um auch ihre Intervention zur Rettung Oesterreichs zu erbitten. In den Besprechungen sei insbesondere darauf hingewiesen worden, daß Oesterreich mindestens einer bindenden Zusage der Entente auf Gewährung ausreichender Kredite bedürfe, um auf dieser Basis über die neuerlichen Gehaltsforderungen der Staatsangestellten verhandeln und den Staatshaushalt wieder aufrichten zu können. Redner habe klargelegt, daß die Zusage der Kredithilfe die einzige Möglichkeit für die Stabilisierung der Krone bilde und nur auf diese Art Oesterreich in den Stand gesetzt werden könnte, wieder im Auslande einzukaufen. Die heimische Bevölkerung könne es nicht länger ertragen, daß in allen übrigen Staaten sich ein Sinken der Preise bemerkbar mache, wogegen bei uns infolge der fortschreitenden Geldentwertung die Teuerung in's Ungemessene steige. Die österreichische Regierung müsse daher darauf beharren, daß ihr hinsichtlich jener Kredite, welche die Reparationskommission als unbedingt notwendig erklärt habe, wenigstens eine bestimmte Zusage erteilt werde.

Zur Unterstützung der mündlichen Ausführungen sei den Gesandten ein im Sinne des Ministerratsbeschlusses vom 4. Jänner l. J. ausgearbeitetes Exposé überreicht worden, für dessen Wortlaut Redner jedoch nicht mehr die Genehmigung des Ministerrates einholen konnte, da die für die Besuche bei den Gesandten angesetzte Zeit die vorherige Einberufung einer Sitzung des Ministerrates nicht ermöglichte. Redner bitte daher, der Ministerrat möge das Exposé und dessen Verbreitung an die Gesandten nachträglich genehmigen.

Bundesminister Dr. Grünberger bringt das diesem Protokolle als Beilage A angeschlossene Exposé zur Verlesung, worauf der Ministerrat die vom Vorsitzenden erbetene Genehmigung erteilt.

Der Vorsitzende ersucht sodann um eine Aeußerung des Ministerrates, in welchem Umfange der Oeffentlichkeit von der

./.



macht habe, daß die Entsendung Redlich's in Amerika den allerbesten Eindruck hervorrufen würde. Redlich hätte die Aufgabe, während eines mehrmonatigen Aufenthaltes in Amerika den Boden vorzubereiten, damit im Augenblicke des Amtsantrittes des Präsidenten H a r d i n g die Hilfe Amerikas für Oesterreich unverzüglich wirksam werden könnte. Auf der Hinreise werde Professor Redlich Gelegenheit haben, in Paris und London mit den führenden Kreisen in Verbindung zu treten, um auch dort die österreichischen Wünsche zu unterstützen.

Nach dem Vorschlage des V o r s i t z e n d e n stimmt der Ministerrat der Entsendung einer Spezialmission unter der Führung Professor Redlich's nach Amerika zu.

Der V o r s i t z e n d e führt weiter aus, daß die Anwesenheit Goode's in Paris benützt werden sollte, ein Mitglied der Regierung dorthin zu entsenden, das Goode in seinen Bemühungen zu unterstützen und ihm unter Darlegung der katastrophalen Verschlechterung der finanziellen Lage des Staates während der letzten Wochen einen neuen Hilferuf der Regierung zur Rettung Oesterreichs aus der äußersten Not zu überbringen hätte. Nach der Lage der Dinge käme für diese Mission Bundesminister Dr. G r ü n b e r g e r in Betracht, welcher genauen Einblick in die Situation besitze und die Gelegenheit auch dazu ausnützen könnte, um mit Goode über die weitere Getreideversorgung aus Amerika zu verhandeln. Die Entsendung hätte aber nur zu erfolgen, wenn Goode eine derartige Intervention für zweckmäßig erachtet und sich damit einverstanden erklärt.

Redner erbitte daher die Ermächtigung, an Goode vorerst eine entsprechende telegraphische Anfrage richten zu dürfen.

Bundesminister H e i n l und Vizekanzler B r e i s k y sprechen sich für die Entsendung des Bundesministers Dr. Grünberger nach Paris aus. Letzterer fügt die Anregung bei, Minister Dr. Grünberger möge bei dieser Gelegenheit auch den Versuch unternehmen, die französische Regierung für die Vornahme einer Stützungsaktion der



./.

000000

000003

4

Krone in Zürich zu gewinnen; dabei müßte allerdings darauf Bedacht genommen werden, durch rechtzeitige Zusicherung der Kredithilfe einen neuerlichen Niedergang des Kronenkurses in Zürich hintanzuhalten.

Der Ministerrat erklärt sich sohin mit der Entsendung des Bundesministers Dr. Grünberg nach Paris unter der Voraussetzung, daß Sir William Good die Reise als zweckmäßig erachtet, einverstanden.

Ueber Einladung des Vorseitzen bringt Sektionschef Dr. Jonas den Entwurf des für den Hauptausschuß bestimmten Exposé's (Beilage B) über die staatsfinanzielle Lage im Zusammenhange mit den neuen Forderungen der Eisenbahngestellten zur Verlesung.

Bundesminister Dr. Pestal glaubt, daß in dem Exposé dem Hauptausschusse auch die Forderungen selbst mitzuteilen wären und ein Antrag über das Ausmaß der möglichen Zugeständnisse gestellt werden sollte. Die Grundlage dafür hätten die als Ergebnis der Verhandlungen der Bundesministerien für Verkehrswesen und für Finanzen bereits vorliegenden Vorschläge zu bilden. Aus den bisherigen Verhandlungen mit dem Zentralausschuß der Personalvertretungen der Eisenbahner gehe hervor, daß eine Herabminderung der Forderungen höchstens hinsichtlich der Familienkopfzulage von dem Betrage von 6.000 K auf etwa 5.000 K zu erreichen sein werde. Bezüglich der übrigen Forderungen sei von Seite der Angestellten keine Nachgiebigkeit mehr zu erwarten. Der vom Bundesministerium für Finanzen im Exposé vertretene Wunsch nach Festsetzung der Abstufungen in der Teuerungszulage für die einzelnen Ortsklassen mit 10% statt mit 6% dürfte daher erfolglos bleiben.

Regner erbitte die Ermächtigung, dem Hauptausschusse allerfalls neben dem Exposé einen positiven Antrag darüber unterbreiten zu dürfen, welche Verfügungen auf Grund der bisherigen Verhandlungen



erfolgten Démarche Kenntnis zu geben wäre.

Die Bundesminister Dr. Grünberger und Dr. Glanz sowie Sektionschef Dr. Joas besorgen, daß eine Veröffentlichung der im Exposé enthaltenen Ziffern ungünstige Rückwirkungen auf den Stand unserer Valuta haben könnte.

Bundesminister Dr. Pestal und Vizekanzler Breisky äußern die gleichen Bedenken, empfehlen aber den zweiten Teil des Exposés in seinen wesentlichen Teilen in die Verlautbarung aufzunehmen.

Der Ministerrat erteilt schließlich einem <sup>von</sup> Bundesminister Dr. Grünberger im Einvernehmen mit Sektionschef Dr. Joas ausgearbeiteten Entwurf eines amtlichen Kommuniqué's die Zustimmung.

Der Vorsitzende verweist des weiteren darauf, daß in der letzten Zeit durch Sir William Goode in London mit großer Energie Verhandlungen im Interesse Oesterreichs geführt worden seien, die bis gegen Weihnachten zu einem guten Resultat zu führen schienen. Dann sei jedoch ein Stillstand eingetreten, weil Frankreich zu zögern begonnen habe und England seinerseits erklärt habe, Oesterreich gehöre zur französischen Interessensphäre, weshalb Frankreich mit der Hilfeleistung voran zu gehen habe. Bei der jüngsten Besprechung mit dem französischen Gesandten habe dieser, mit einer gewissen Absichtlichkeit betont, daß sich in der Zusammensetzung der französischen Regierung eine Aenderung vorbereite und sich Frankreich selbst in finanziellen Verlegenheiten befinde. Es werde daher notwendig sein, mit einem besonderen Nachdruck vorzugehen, um den Wünschen Oesterreichs in Paris Gehör zu verschaffen. Seit heute befinde sich Sir William Goode in Paris, um dort die Verhandlungen über Oesterreich mit der französischen Regierung fortzusetzen. Redner habe daher die Gelegenheit wahrgenommen, Goode gleichzeitig mit dem Danke für seine in London um Oesterreich aufge-

./.



wendete Mühe im telegraphischen Wege zu bitten, in Paris darauf hinzuwirken, daß sofort eine Entscheidung über die Kreditfrage zu unseren Gunsten fallen möge. Die rascheste Lösung der Kreditgewährung sei für Oesterreich eine Lebensfrage, denn aus eigener Kraft könne es sich nicht weiter aufrecht erhalten.

Redner erbitte für diesen Schritt die nachträgliche Genehmigung des Ministerrates, die erteilt wird.

In diesem für Oesterreich entscheidenden Augenblicke erscheinen aber noch weitere Schritte notwendig, um dem Begehren nach Hilfeleistung größeren Nachdruck zu verleihen. Es sei zunächst erwogen worden, parlamentarische Vertreter zur Fühlungnahme mit den französischen Regierungskreisen nach Paris zu schicken. Da aber die nötigen Verbindungen mit den dortigen politischen Faktoren fehlen, sei diese Absicht wieder fallen gelassen worden. Dafür dürfte es am Platze sein, in Washington neue Anknüpfungspunkte zu suchen. Amerika zeige, wie die verschiedenen Wohlfahrtsaktionen beweisen, von allen Staaten das größte Interesse für Oesterreich und besitze auch das Verständnis dafür, daß die Hilfe nicht auf Akte der Wohltätigkeit allein beschränkt bleiben könne, sondern so weit gehen müsse, das Oesterreich in die Lage versetzt werde, wieder zu geordneten finanziellen Verhältnissen zu kommen. Formell bestehe die Schwierigkeit, daß noch nicht das Ende des Krieges mit Amerika erklärt sei. Infolgedessen besitze Oesterreich in Amerika derzeit noch keine diplomatische Vertretung. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses sei der Wunsch geäußert worden, die Verbindung mit Amerika baldmöglichst wieder aufzunehmen, worauf Redner angekündigt habe, daß, da die Bestellung eines Gesandten in Washington mit zu hohen Kosten verbunden wäre, die Entsendung einer Spezialmission nach Amerika in Aussicht genommen sei. An die Spitze dieser Mission solle Professor Dr. Josef Redlich gestellt werden, auf den der amerikanische Geschäftsträger in Wien auch heute mit dem Bemerken aufmerksam ge-



Sektionschef Dr. J o a s erhofft von der Demarche bei den Gesandten doch einen gewissen Erfolg. Es erscheine daher von Wichtigkeit, die Entscheidung über die Forderungen der Eisenbahnbediensteten nicht zu forcieren, bevor nicht bekannt ist, was Oesterreich hinsichtlich der Kredithilfe zu erwarten habe. Jede Besserung des Kursstandes der Krone werde gewiß eine Verbilligung in den Preisen der wichtigsten Bedarfsartikel herbeiführen, sodaß es für den Staat ungünstig wäre, jetzt auf die Bewilligung weitgehender Forderungen einzugehen, ohne die Möglichkeit zu haben, die zugestandenen hohen Bezüge entsprechend der voraussichtlichen Senkung der Preise späterhin wieder abzubauen. Redner pflichte daher dem Vorschlag bei, in der Angelegenheit zunächst eine Kommissionsberatung durch den Finanzausschuß eintreten zu lassen, damit zunächst die Klärung der Kreditfrage abgewartet werden könne.

Der V o r s i t z e n d e erklärt, daß es eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit sei, in der Angestelltenschaft durch Anerkennung der Berechtigung des Großteiles der gestellten Forderungen Beruhigung zu schaffen. Was die Frage der Kredite anlange, so komme zunächst nur die Erlangung einer Zusage auf Gewährung solcher in Betracht. Es ließe sich vielleicht eine Teilung in den Forderungen vornehmen in der Art, daß zunächst soviel gewährt werde, als der Staat aufbringen kann, wogegen der Rest bis zur Erledigung der Kreditfrage offen zu bleiben hätte. Sollte sich dann zeigen, daß die Stabilisierung des Geldwertes infolge der Kredithilfe zu einer Verbilligung führe, könnte vielleicht auf die Auszahlung dieses Restes überhaupt verzichtet werden.

Sektionschef Dr. J o a s befürchtet, daß eine derartige Konstruktion bei den Angestellten das Bestreben auslösen würde, jetzt möglichst viel zu erreichen, um die erhöhten Bezüge auch unter den wirtschaftlich günstigeren Verhältnissen der Zukunft zu erhalten.

Bundesminister Dr. P e s t a bemerkt, daß die Forderungen der Eisenbahnbediensteten gut zur Hälfte die bloße Angleichung auf das



./.

800000007

6

Gehaltsschema der Gemeindebeamten beinhalten und nur bezüglich des übrigen Teiles über die Angleichung hinausgehen. In den Bezügen sei schon heute ein beträchtlicher Teil abbaufähig, sodaß die Regierung im Falle eines Preissturzes, wenn sie die Macht dazu besitze, ohne weiters einen Teil der Bezüge einziehen könne. Die fixen Bezüge aber seien so gering, daß hier an eine Herabminderung nicht gedacht werden könne.

In der Frage der Bedeckung wäre darauf hinzuweisen, daß die Regierung Schritte unternommen habe, um behufs Sanierung des Staatshaushaltes zu einer Hebung der Valuta zu gelangen. Komme es zu einer solchen, so wäre im Bereiche der Eisenbahnverwaltung eine sehr bedeutende Ersparnis in den Kosten des sachlichen Aufwandes, insbesondere an Kohle zu gewärtigen. Sollten die Kredite nicht eintreten, so müßte dem Hauptausschusse gesagt werden, es bleibe nichts übrig, als nochmals eine Tarifierhöhung im Einvernehmen mit den Interessenten zu versuchen, deren Ergebnis bei der erschöpften Leistungsfähigkeit der heimischen Volkswirtschaft allerdings mehr als fraglich sei.

Der V o r s i t z e n d e stellt fest, daß nach der allgemeinen Anschauung des Ministerrates das vorliegende Exposé als eine allgemeine Darlegung der gegenwärtigen Finanzlage dem Hauptausschusse zu unterbreiten sei und in der morgigen Sitzung des Ministerrates ein weiterer positiver Antrag des Bundesministeriums für Verkehrswesen an den Hauptausschuß über das Ausmaß der Bewilligung der Forderungen der Eisenbahnbediensteten und die sich daraus ergebenden finanziellen Folgerungen zur Beratung gestellt werden solle.

Der Ministerrat genehmigt schließlich das ihm vorliegende Exposé mit den im Laufe der Debatte angeregten Abänderungen (Beilage C) zur Vorlage an den Hauptausschuß und ladet den Bundesminister für Verkehrswesen ein, für die morgige Sitzung des Ministerrates einvernehmlich mit dem Bundesministerium für Finanzen die konkreten Anträge an den Hauptausschuß über die Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Eisenbahnbediensteten vorzubereiten.

--oOo--



der Verwaltung über die Forderungen des Zentralausschusses zu treffen wären. Dabei mache Redner aufmerksam, daß auch die Postbediensteten bereits die Forderung angemeldet haben, in den Gehaltssätzen mit den Eisenbahnbediensteten gleichgestellt zu werden und dieselben Vorschüsse wie diese zu erhalten.

Schließlich regt der sprechende Minister noch die textliche Aenderung einzelner Stellen im Exposé an, die zu Mißverständnissen in Kreisen der Bediensteten Anlaß geben könnten.

Sektionschef Dr. J o a s glaubt, daß es nicht in der Macht der Regierung liege, das Maß des möglichen Entgegenkommens an die Eisenbahnbediensteten festzustellen, da von dem benötigten Erfordernisse doch nur ein ganz geringfügiger Teil aus eigener Kraft des Staates aufgebracht werden könnte. Die Bedeckung des Restes sei von der Erlangung ausreichender Ententekredite abhängig.

Das Finanzministerium habe auf die Erwähnung der Teuerungszulagen und der Familienkopfzulage in dem Exposé aus dem Grunde besonderes Gewicht gelegt, weil sich aus diesen Ansätzen finanziell schwerwiegende Rückwirkungen für die übrigen Staatsangestellten ergeben. Die Herabsetzung der Abstufungen in den Ortsklassen von 10 % auf 6 % bringe das bisherige Ortsklassensystem vollständig ins Wanken; bezüglich der Familienzulage müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Erfüllung der Wünsche der Eisenbahner das in dem vierten Nachtrage zum Besoldungsübergangsgesetz teilweise fallengelassene Alimentationsprinzip wieder neuerlich in den Vordergrund schieben würde.

Bundesminister H e i n l vertritt die Anschauung, daß in dem Exposé viel stärker als es geschehen sei, auf die Berechtigung der Forderungen der Eisenbahnbediensteten hingewiesen werden müsse und die Frage an den Hauptausschuß dahin zu lauten hätte, auf welche Art diese berechtigten Forderungen bedeckt werden sollen.

Bundesminister Dr. R e s c h spricht sich in dem gleichen Sinne aus und wünscht einen konkreten Vorschlag an den Hauptausschuß,



./.

000009

7

in welchem Masse der Regierung die Erfüllung der Forderungen am Platze erscheine.

Sektionschef Dr. J o a s bittet, der Ministerrat möge für die weiteren Verhandlungen mit den Eisenbahnbediensteten genaue Richtlinien darüber aufstellen, welche Forderungen bewilligt werden sollen. Das Ausmaß der Zugeständnisse bilde unter den gegenwärtigen Umständen nicht so sehr eine staatsfinanzielle Frage, weil wir überhaupt nur einen Teil des Erfordernisses aufbringen können. Aus dem allgemeinen Pflichtbewußtsein heraus müsse die Finanzverwaltung aber das Bestreben haben, die Forderungen möglichst herabzumindern. Insbesondere bedürfe das Finanzministerium einer Entscheidung des Ministerrates hinsichtlich der Teuerungszulagen und der Familienkopfzulagen, weil diese beiden Punkte die Gefahr von Präjudizen in sich schließen. Das Exposé wäre im Tenor seiner Ausführungen dahin abzustellen, daß gesagt wird, bis zu einem gewissen Grade müsse die Notwendigkeit der Erfüllung der Forderungen anerkannt werden, aber es stehe auch fest, daß das Erfordernis dafür aus den eigenen Mitteln des Staates nicht gedeckt werden könne.

Der V o r s i t z e n d e glaubt, daß das Exposé mit den beantragten Abänderungen dem Hauptausschusse überreicht werden könnte, daneben aber ein formulierter Antrag gestellt werden sollte, inwieweit nach Auffassung der Regierung den Forderungen Rechnung zu tragen wäre. Darin wäre weiters anzugeben, bis zu welchem Betrage der Staat selbst für die Bedeckung aufkommen könnte, und der Nationalrat zu ersuchen, bezüglich des unbedeckten Restes selbst die Entscheidung zu treffen.

Vizekanzler B r e i s k y meint, die Regierung müsse sich schon jetzt darauf vorbereiten, dem Hauptausschusse Vorschläge auch darüber zu erstatten, was bezüglich jenes Teiles der Forderungen zu geschehen habe, für den der Staat die Bedeckung nicht aufbringen könne. Redner möchte empfehlen, dem Hauptausschusse die Beratung dieser Frage durch den Finanzausschuß in Antrag zu bringen.





dem Voranschlag verdoppelten Ausmaß, sohin mit einem Abgange von mehr als 25 Milliarden gerechnet werden mußte, wobei ein genaues Bild erst nach Aufstellung des Nachtrages zum Voranschlagsentwurf möglich sein wird. Ob dieser Abgang mit Jahresende nicht überschritten werden wird, wird - wie der Finanzminister damals bereits ausdrücklich hinzufügte - von der Voraussetzung abhängig sein, daß uns günstige Lebensmitteltransaktionen gelingen, Ersparungen durchgeführt werden und durch schleunigste Zusicherung der Wiederaufbaukredite eine Stabilisierung des Kronenkurses und damit ein Abbau der Teuerung ermöglicht würde. Diese Voraussetzungen sind aber in ihrer Gänze eben nicht eingetreten, so daß infolge der seither weiter vorgeschrittenen Entwertung der Krone und der damit verbundenen Erhöhung der Ausgaben und infolge der Teuerung nach dem gegenwärtigen Stande mit einem Anwachsen des Abganges auf vielleicht 35 Milliarden gerechnet werden müste.

Die Staatsregierung war und ist pflichtgemäß bestrebt, dieser unaufhaltsamen sprunghaften Verschlechterung der staatsfinanziellen Lage durch Maßnahmen entgegenzuwirken, die auf eine Erhöhung der Einnahmen abzielen. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:

Erhöhung der Eisenbahntarife für Gütertransporte um  
50 % mit Wirksamkeitsbeginn vom 15. Dezember 1920:

jährliche Mehreinnahmen ... 1.580'-- Mill.K

Erhöhung der Telegraphen- und Telefongebühren  
ab 1. Jänner 1921

jährliche Mehreinnahmen ... 475'-- " "

Erhöhung der Postgebühren ab 15. Februar oder  
1. März 1921

jährliche Mehreinnahmen ... 519'5 " "

Zusammen ..... 2.574'5 Mill.K

In Aussicht genommen ist weiters, wie dem hohen Ausschusse bekannt ist, eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise nach einem gestaffelten System; der finanzielle Effekt dieser Erhöhung läßt sich vorläufig nicht schätzen.

Von diesen Mehreinnahmen kann aber für das laufende Verwaltungsjahr selbstverständlich nur eine Tangente realisiert werden.

Ein Blick auf das Wachsen der Abgangsziffer zeigt, daß alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Staatseinnahmen nicht ausreichen, um dem rasenden



Tempo der Ausgabenentwicklung auch nur annähernd folgen zu können. Die Folge davon ist, daß die Finanzverwaltung gezwungen ist, die Notenpresse immer aufs Neue und in immer erhöhtem Maße in Anspruch zu nehmen, ungeachtet der unheilvollen Wirkungen, die hiedurch ausgelöst werden und die sich in einem weiteren Sinken des Geldwertes, in einem weiteren Steigen der Preise und letzten Endes wieder in einer Steigerung der Staatsausgaben äußern. Es ist selbstverständlich, daß der Banknotendruck, dieser Bedeckungsmodus der Verzweiflung, seine Grenzen in der fortschreitenden Geldentwertung finden muß, die unaufhaltsam dahin führt, daß der Wert unseres Geldes einen Tiefstand erreicht, der der Wertlosigkeit gleichkommt.

Die Bewilligung der neuen Forderungen der Staatsbahnangestellten muß diesen Niedergang beschleunigen, wenn nicht herbeiführen, sofern ihnen nicht eine entsprechende Bedeckung gegenübergestellt werden kann, beziehungsweise sofern versucht werden sollte, diese Bedeckung nur durch Ausgabe neuer Banknoten zu bewerkstelligen.

Die Entwicklung der Staatsfinanzen ist dermalen so weit gediehen, daß der Staat in nächster Zeit vor einer Situation steht, in welcher er seine Zahlungen ohne Hilfe von außen nicht mehr wird leisten können. Die Regierung hat, wie bekannt, nicht verabsäumt, zu wiederholten Malen die berufenen Vertreter der Ententestaaten darauf aufmerksam zu machen, daß nur die sofortige Gewährung ausreichender Kredite Oesterreich vor dem finanziellen Zusammenbruche bewahren kann. Die Regierung hat heute wieder einen dringenden Appell in diesem Sinne an die Botschafterkonferenz gerichtet. Kommt die Hilfe nicht rasch, dann ist die Katastrophe unvermeidlich. Sie würde geradezu heraufbeschworen, wenn die Forderungen der Staatsangestellten in vollem Umfange bewilligt werden würden.

Der Ministerrat verkennt nicht, daß die Höhe der Bezüge der Staatsangestellten seit der letzten Regelung infolge der fortschreitenden Teuerung unzulänglich geworden sind, und ist bereit, den vorgebrachten Wünschen, deren grundsätzliche Berechtigung er anerkennt, so weit als möglich Rechnung zu tragen. Nur muß im Sinne des § 3 des Bundesgesetzes vom 19. November 1920, E.G.Bl. Nr. 10, über die Geschäftsordnung des Nationalrates die Bedeckung des aus den neuen Forderungen erwachsenden, nicht vorgesehenen Mehraufwandes sichergestellt werden.



In letzterer Beziehung muß die Regierung darauf verweisen, daß die Frage der Bedeckung ungemein schwierig ist. Wie schon aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, wurden alle Steuern sowie die Post-, Telegraphen- und Telephon-Gebühren bis zur äußersten Grenze angespannt. Zur Herabminderung des Abganges im Staatshaushalte und speziell zur Bedeckung des Mehraufwandes aus den oberwähnten neuen Personalmaßnahmen werden einerseits energische Sparmaßnahmen durchzuführen, andererseits aber auch entsprechende Mehreinnahmen zu schaffen sein. Die Regierung wird gezwungen sein, eine weitere Steigerung der schon wiederholt und in ganz besonderem Maße erhöhten Eisenbahntarife durchzuführen, wobei jedoch die Regierung sich nicht verhehlen kann, daß eine solche Maßnahme schweren Bedenken wegen des zu befürchtenden Rückschlages auf die Volkswirtschaft begegnet und mit Rücksicht hierauf voraussichtlich auch kaum von dem angestrebten finanziellen Erfolge begleitet sein würde. Da also auch diese Maßnahmen keinesfalls eine annähernde Bedeckung schaffen können, beabsichtigt die Regierung ferner eine ausgiebige Erhöhung der Salzpreise und der Getränkesteuern durchzuführen. Weiters werden die Verkaufspreise der Tabakfabrikate, die in der letzten Zeit durch die Geldentwertung unzulänglich geworden sind, dem Ausmaß der Geldentwertung entsprechend und allenfalls auch darüber hinaus erhöht werden müssen. Endlich steht auch die Einführung der bisher zurückgestellten Warenumsatzsteuer in Erwägung, obwohl zu befürchten ist, daß die Durchführung dieser Steuer auf große technische und Personalschwierigkeiten stoßen wird.

Die Regierung wird nicht versäumen, sofort nach Feststellung des Rahmens, in welchem den neuen Personalforderungen näher getreten werden könnte, auch Vorschläge über die obgedachten Maßnahmen für die Bedeckung auszuarbeiten; die entsprechenden Anträge werden demnächst dem Präsidenten des Nationalrates zur weiteren Behandlung im Sinne des Gesetzes vom 13. April 1920, St.G.Bl.Nr.160, über die Mitwirkung des Nationalrates an der Regelung der Eisenbahntarife und der Bezüge der in staatlichen Betrieben beschäftigten Personen vorgelegt werden.

Von diesem Sachverhalte erlaubt sich die Regierung vorläufig schon im gegenwärtigen Stadium dem hohen Hauptausschuß zu berichten, da sie nicht in der Lage ist, für die aus der gegebenen Situation entspringenden Folgen die Verantwortung allein zu übernehmen.



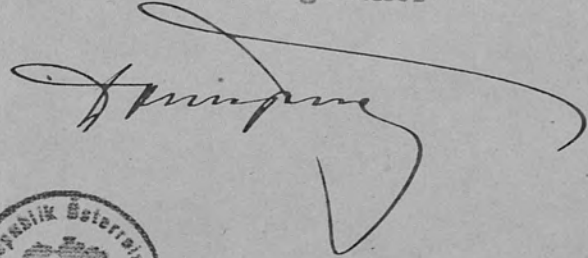
Wien, am 6. Jänner 1921.

Hochverehrter Herr Sektionschef !

Ueber Ihren Wunsch habe ich so gut es ging in aller Eile 15 Abschriften des den fremden Gesandten heute übergebenen Promemorias für den heutigen Kabinettsrat herstellen lassen und übersende Ihnen diese Kopien zur allfälligen Verwendung. Minister Dr. Grünberger hat übrigens noch 5 Abschriften, die er eventuell zur Komplettierung hergeben könnte. Mehr als 15 Abschriften waren in der Kürze der Zeit nicht herzustellen.

Genehmigen Sie, sehr verherter Herr Sektionschef, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hocachtung,

Ihr sehr ergebener



000015

15



Der auf Grundlagen aus dem Beginne des Jahres 1920 verfasste Voranschlag für 1920/21 (1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921) schließt mit Gesamteinnahmen von 20.7 Milliarden und Gesamtausgaben von 33.2 Milliarden, somit einem unbedeckten Abgang von 12.5 Milliarden. Eine vorläufige Aufstellung der Veränderungen, bezogen auf den Stand vom 1. Dezember 1920, ergab damals eine Steigerung des Abganges auf über 25 Milliarden, Rückgang der Valuta, das dadurch bedingte Ansteigen der Preise insbesondere für die aus dem Auslande zu beziehenden Güter einerseits und des Personalaufwandes andererseits dann die Unmöglichkeit einer auch nur annähernd gleichmäßigen Erhöhung der Einnahmen sind die Ursache dieser gewaltigen Verschlechterung des Staatshaushaltes.

Heute, somit 5 Wochen später, hat sich das Bild neuerlich geändert: Die Entwertung der österreichischen Krone damit die allgemeine Preissteigerung haben weitere Fortschritte gemacht. Die Bezüge der Staatsbediensteten und sonstigen öffentlichen Angestellten sind neuerlich unzureichend geworden, jene Gruppe, die ihren Forderungen den größten Nachdruck zu verleihen vermag, die Eisenbahnbediensteten, haben ihre Mehrforderungen bereits erhoben und es ist unvermeidlich, dass diesen Forderungen bis zu gewissen Grenzen Rechnung getragen werden muss. Auf das Jahr gerechnet ergibt sich nach vorläufiger Ermittlung und unter Berücksichtigung der Rückwirkung auf das übrige Personal ein jährliches Mehrerfordernis von mehr als 4 Milliarden Kronen dem gegenüber Mehreinnahmen nur in ganz unzulänglichem Maße und auch diese nur unter schwerster Belastung der Bevölkerung und insbesondere des Handels und des Verkehrs beschafft werden können. Heute nach Ablauf der ersten Hälfte des Verwaltungsjahres 1920/21 muss somit im Staatshaushalte, auf das Jahr bezogen, mit einem Abgange gerechnet werden, der rund das Dreifache des zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages ermit-

./.



telten Betrages, somit ca. 35 Milliarden und mehr als das 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fache der Staatseinnahmen überhaupt ausmacht. Behufs Bedeckung des Abganges müssen wir nunmehr mit einer Notenvermehrung von 3 bis 4 Milliarden monatlich rechnen, was die Entwertung des Geldes rapid und progressiv steigern und an sich selbst schließlich auch das Versagen der Notenpresse (wegen völliger Entwertung des Geldes und Steigerung der Teuerung ins Ungemessene) zur Folge haben muss. Die vorstehenden Ziffern beweisen klar, was die Regierung schon so oft darzulegen genötigt war, dass Deutschösterreich gegenwärtig unter gar keinen Umständen aus eigener Kraft bestehen kann, dass die bisherige Hilfeleistung weil sie jeweils nur der augenblicklichen Not gerecht wurde, kaum die dringenden Existenzsorgen von einem Tag zum anderen bannen konnte. Der völlige Zusammenbruch ist nach der Entwicklung der letzten Wochen eine Frage der aller kürzesten Zeit, wenn nicht ohne jeden Verzug der weiteren Entwertung der Österr. Krone und damit der weiteren Preissteigerung Einhalt geboten wird. Eine solche Sicherung vermag die Österr. Regierung ausschließlich nur in der endlichen und bestimmten Zusage jenes Auslandskredites zu erblicken, dessen Notwendigkeit schon die Reparationskommission vor Wochen als unerlässliche Bedingung für die Erhaltung Oesterreichs ausführlich dargelegt hat. Nur ein solcher Kredit kann die Währung stützen, nur ein solcher Kredit kann die eigene Produktion beleben und nur auf diesem Wege kann das in letzter Linie die Ursache der Krisis bildende Misverhältnis zwischen dem unbedingten Bedarf Oesterreichs und der eigenen Produktion beseitigt werden. Nur auf diesem Wege können die in Oesterreich ruhenden wirtschaftlichen Kräfte wieder belebt und die noch vorhandenen wirtschaftlichen Güter vor der völligen Vernichtung bewahrt werden. Hilfe ist noch möglich, sie muss aber augenblicklich kommen. Die oben angeführten Ziffern beweisen, mit welcher Schnelligkeit wir der Katastrophe zusteuern, der Katastrophe, deren Wirkungen nach innen und außen anzudeuten die Regierung unterlassen zu dürfen glaubt.



000017

17